



Belastete Vergangenheit

Das NS-Regime ließ das heutige Landhaus 1938/39 errichten. Spuren der Nazis gibt es immer noch. Seite 12 Foto: Böhm

Donnerstag, 24. August 2023 Nummer 233

9

Razzia in ÖVP-nahem Umfrageinstitut

„Demox“ war wegen mutmaßlich der Kanzlerpartei dienlichen Ministeriumsumfragen in die Kritik geraten. Die SPÖ sieht sich bestätigt.

Wien – Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft hat mehrere Hausdurchsuchungen durchgeführt. Es geht um den Verdacht der Untreue, des Betrugs und der wettbewerbsbeschränkenden Absprachen – „durch die Beauftragung von Ministeriumsumfragen mangels sachlicher Notwendigkeit“. Laut WKStA betreffen die Ermittlungen die Beauftragung von Meinungsumfragen durch das Verteidigungs-, das Landwirtschafts- und das Wirtschaftsministerium. Ermittelt wird gegen fünf namentlich bekannte Beschuldigte und eine unbekannte Person – sowohl auf Auftraggeber- als auch auf Auftragnehmer-Seite. Drei weitere Leute werden als Angezeigte geführt.

Das Demox-Institut steht unter anderem seit Jahren in einer Geschäftsbeziehung mit dem Land Tirol. Demox gehört unter anderem Paul Unterhuber sowie einer Firma von Rainer Nick, der einst für mehrere schwarze Landeshauptleute tätig war. In

Tirol unter anderem für Wendelin Weingartner und Günther Platter.

Demox-Geschäftsführer Unterhuber, Ex-Bauernbündler, war im Juni des Vorjahres zur Causa Umfragen für die ÖVP in den ÖVP-U-Ausschuss geladen gewesen. Er sagte, für jeden Auftrag seien „zahlreiche Leistungen“ erbracht und „branchenüblich“ verrechnet worden. Und er bestritt, dass über sein Institut von der öffentlichen Hand finanzierte Studien für die ÖVP erbracht wurden.

Die im Mai 2022 zurückgetretenen Ministerinnen Margarete Schramböck und Elisabeth Köstinger (beide ÖVP) haben mit dem Institut zusammengearbeitet. Köstinger wies vor dem U-Ausschuss alle Vorwürfe zurück. So auch den Vorhalt der SPÖ, ihr Ressort habe Umfragen mit parteipolitisch motiviertem Inhalt beauftragt. Kai Jan Krainer (SPÖ) sieht sich nun bestätigt. „Die ÖVP schlittert in den nächsten Skandal rund um Steuergeldmissbrauch für Parteiumfragen.“ (TT)



Ex-ÖVP-Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger hatte im Juni des Vorjahres im U-Ausschuss alle Vorwürfe zurückgewiesen. Foto: APA/Fohringer



Das Bundesheer benötigt in den nächsten Jahren pro Jahr rund 1000 neue Soldaten und Zivilpersonal. Foto: APA/Wieser

Bundesheer kauft kräftig ein und sucht Personal

Hubschrauber, Lkw, Munition und mehr – das Bundesheer modernisiert sich. Heuer wurden 1233 Soldaten und Zivilbedienstete aufgenommen.

Wien – Verteidigungsministerin Klaudia Tanner (ÖVP) sieht das Bundesheer auf einem „sehr guten Weg“. Heuer seien Verträge in Höhe von 390 Millionen Euro abgeschlossen worden. Tanner sprach gestern von „großen Herausforderungen“ bei der Präsentation der Halbjahres-Bilanz. Damit meinte sie unter anderem die Personalsituation. Wegen Pensionierungen und Abgängen benötige man pro Jahr rund 1000 neue Soldatinnen und Soldaten sowie Zivilbedienstete in den nächsten Jahren.

Diesen Bedarf scheint das Heer derweil decken zu können. Laut Tanner gibt es allein heuer 1233 neue Soldatinnen und Soldaten sowie Zivilpersonal im Heer. Zum Vergleich: Im vergangenen Jahr wurden 1449 Leute aufgenommen. „Unsere Bemühungen haben gewirkt“, freut sich die Ministerin.

Einen „Meilenstein“ nennt sie die Einführung des freiwilligen Grundwehrdienstes für Frauen mit 1. April. Seitdem seien 144 freiwillige Meldungen eingelangt, 17 seien



Vier Leonardo-AW169-Hubschrauber sind bereits im Einsatz. Foto: APA/Scheriaw

eingedrückt, bis Jahresende sollen 41 weitere Frauen folgen. Das Heer versucht auch anderweitig Personal zu bekommen. Man sei etwa nach den Betriebsschließungen bei Kika/Leiner auf Bedienstete zugegangen, um sie auf

die „Chance, die wir als Bundesheer zu bieten haben“, aufmerksam zu machen. 31 Bewerber hätten sich gemeldet, 19 seien im Aufnahmeprozess, erklärt Tanner.

Das Bundesheer kauft derweil weiter ein. Die neuen

Deals beinhalten etwa 125 Lastkraftwagen des italienischen Herstellers Iveco, 860 Lkw vom deutschen Rüstungsunternehmen Rheinmetall sowie verschiedene Kleinmaterialien, Munition und kleinere Fahrzeuge.

Gelandet sind bereits, wie berichtet, die vier neuen Leonardo-Hubschrauber, auch wurden sieben neue Radpanzer Pandur Evo beschafft und zwei modernisierte Black Hawks sind zurückgekehrt. In Unterkünften und Kasernen habe man ebenso „kräftig investiert“, sagte Tanner.

Zu Beginn des Jahres waren im Schnitt 1139 Soldaten im Grenzeinsatz – unter anderem in Tirol. Diese Zahl konnte auf rund 720 verringert werden, sagte der Chef des Generalstabes, Rudolf Striedinger. Hier werden nun auch weniger Grundwehrdienter eingesetzt. Damit sei man in der Lage, „unsere Grundwehrdienter wieder vermehrt in eine waffengattungsbezogene militärische Ausbildung zu führen, zum Zwecke der militärischen Landesverteidigung.“ (sas)

Zahl der Luxus pensionisten im Dunklen

Wien – Die SPÖ will die Luxus pensionen „deckeln“. Diese sollen also nicht um die volle Inflationsanpassung (2023: 5850 Euro) geben. Bei Pensionen darüber läge die Deckelung somit bei 567 Euro.

Wie viele im Ruhestand würde das hierzulande betreffen? Wer zählt zu den Luxusrentnerinnen und -rentnern? Einstige Politiker, Kämmerer,

Nationalbanker, gewisse Beamte? Die TT hat bei der SPÖ, im Sozialministerium, bei der Statistik Austria und den Pensionistenvertretern nachgefragt. Das Resultat: Genaues weiß man nicht.

Aus dem Sozialressort heißt es: „In der gesetzlichen Pensionsversicherung spielen Pensionen über der ASVG-Höchstbeitragsgrundlage praktisch keine Rolle.“ Es gebe nur rund 50 Fälle – von 2,1 Millionen PensionistInnen. Diese 50 Leute beruflich aufzuschlüsseln, sei nicht mög-

lich. Aus dem ÖVP-Seniorenbund, geführt von Ingrid Korosec, ist zu hören, dass etwa 19.000 Bundesbeamte betroffen wären. Der Pensionistenverband kann keine Zahlen liefern, „weil die nicht öffentlich einsichtig sind“.

Das beklagen die Sozialdemokraten. „Weil es keine validen Daten gibt, können auch wir nur schätzen“, heißt es aus dem SPÖ-Parlamentsklub. Die „Unterkante“ seien wohl 10.000. Und so fordern die Roten Transparenz ein.

Was die Deckelung der

Pensionen von Politikern oder Nationalbankern anlangt, hätte Korosec „keinen Schmerz“. Bei anderen, so auch bei Beamten mit hoher Pension, sei das anders. „Einer, der 40 Jahre lang Beiträge bezahlt hat, muss selbstverständlich die 9,7 Prozent draufbekommen. Alles andere wäre ungerecht“, befindet die ÖVP-Frau. „Eine Versicherungsleistung soll abgedeckt werden. Da darf es keine Differenzierung geben. Das ist eine Sache der Gerechtigkeit.“ (kale)



Wie viele Menschen in diesem Land haben eine Luxus pension, die die SPÖ „deckeln“ möchte? Das lässt sich nicht beziffern. Foto: Imago